

8.7.20, 21.11.
10

Wohin mit den Autos?

Verkehrskonzept für Martinsried – Parkplatzfrage ungelöst

Von Rainer Rutz

Planegg – Das Integrierte Gesamtverkehrskonzept für Martinsried ist auf den Weg gebracht – allerdings nicht im Sinne der Bürgerinitiative Martinsried (BIM). Denn es wird, jedenfalls vorläufig, keine neuen Parkplätze am U-Bahn-Endhaltepunkt auf dem Campus geben. Und auch beim zweiten wichtigen Punkt, der Verlängerung der Röntgenstraße in die Fraunhoferstraße als neue Zentrumsachse, setzte sich eine Mehrheit durch.

Mehr als 150 Zuschauer waren in den Sitzungssaal gekommen, weit mehr als es die feuerpolizeilichen Bestimmungen eigentlich zulassen. Bürgermeisterin Annemarie Detsch (SPD) machte angesichts der geradezu bedrohlich wirkenden Enge im Saal auch ein bedenkliches Gesicht, doch verschieben ließ sich die Sitzung nicht mehr.

Detsch: „Wir können
nicht alle
Wünsche erfüllen.“

Detsch betonte, es gehe nicht um Festlegungen, sondern erst einmal um die „große Linie“. Flexibilität sei durchaus möglich: „Wir können nicht alle Wünsche erfüllen, und oft geraten wir in eine Quadratur des Kreises.“ Sie forderte ihre Gemeinderatskollegen zur Sachlichkeit auf und sprach die Hoffnung aus, „dass wir alle die U-Bahn zu einem Erfolgsmodell werden lassen“.

Die Aussprache begann furios. Sprecher von CSU und FDP forderten eine Verschiebung der Sitzung, weil, wie sich Fritz Haugg (FDP) ausdrückte, „die Realität unser Konzept überholen könnte“. Er bezog sich damit auf die ungeklärte Parksituation auf dem Campus. Haugg und auch Michael Book von der CSU forderten ein neues Gesamtverkehrskonzept, Book sprach von „Unbestimmtheiten“ der Sitzungsvorlagen und meinte, man solle das „alles nur zur Kenntnis nehmen“ und keine Entscheidungen treffen. Ein entsprechender Antrag wurde allerdings abgelehnt.

19 Grundsatzentscheidungen und etliche weitere Zusatzanträge wurden an diesem Abend diskutiert und abgestimmt. Mit 14 Stimmen gegen zehn wurden die so genannten Kernelemente gebilligt: neue Erschließung des Gewerbegebiets Nord westlich der Lochhamer Straße und Röntgenstraße; eine Neuordnung der Campus-Erschließung; eine neue Zentrumsachse zwischen Fraunhofer- und Röntgenstraße. Gebilligt wurde ferner ein Parkraummanagement in den Wohngebieten; Bushaltestellen, die in den neuen U-Bahnhof integriert werden sollen mit direktem Zugang zur U-Bahn; vernetzte Radwege und neue Wege für Fußgänger, ferner eine Fußgänger- und Radverkehrsachse von den westlichen Wohngebieten über den Campus nach Großhadern.

Heftig und stundenlang debattiert wurde über die Parksituation. „Wir sollten die Millionen für eine Tiefgarage lieber in die Planungen für die Ortsmitte stecken“, meinte Herbert Stepp (Grüne) und sprach damit vor allem seinen Kollegen aus der SPD aus der Seele. FDP und CSU hatten sich zu einem gemeinsamen Antrag zusammengerauft. Danach sollten – wenn schon kein Parkhaus – wenigstens 150 Park-and-Ride-Plätze geschaffen werden. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. Detsch sicherte allerdings zu, dass sie sich „unverzüglich“ mit den Gremien der Universität, von Max-Planck und dem IZB zusammensetzen werde, um die Parksituation zu diskutieren. Ansonsten will man erst die Auswirkungen der U-Bahn abwarten.

In diesem Zusammenhang hielt Hermann Nafziger (CSU) ein Plädoyer für eine Staatsstraße 2063 neu, „da schließlich alles vom immer weiter zunehmenden Verkehr abhängt“. Mit Blick auf eine mögliche Untertunnelung kann sich Nafziger eine Staatsstraße vorstellen, „die man weder sieht, noch hört, noch riecht“. Wütend auf die Beschlüsse reagierte vor allem die FDP. Peter von Schall-Riau-cour, der sich „von den Politikern hier“ distanzierte und sich selbst als den eigentlichen „Vertreter des Volkes“ bezeichnete, meinte: „Die Bürger sind die Leidtragenden.“ (Kommentar)

Warum erst jetzt? Zuspät!